

Kurze Geschichte der Werra-Weser-Versalzung bis zum September 2014

von Steffen Eschbach, Student der Geographie und Praktikant beim regiowASSER e.V. im Aug./Sept. 2014

Das Thema

Der versatzlose Kali- und Salzabbau untertage an der Grenze von Hessen und Thüringen führt seit über einem Jahrhundert zu gewaltigen Mengen an Rückständen. Der trockene Teil wird oberirdisch zu riesigen Halden („Monte Kali“, „Kalimandscharo“) aufgeworfen, die Abwässer in den Fluss Werra eingeleitet oder in eine Gesteinsschicht (Plattendolomit) verpresst. Die seit 1925 erfolgte Verpressung unterlag in der DDR ab den 60ern einem zeitweiligen Moratorium, da Salzlauge bei Eisenach aufstieg. Daraufhin wurden die Abwässer in die Werra geleitet, was zu Spitzenwerten von über 30 g Clorid/l am Pegel Gerstungen führte. Zum Vergleich: Die maßgebliche Wasserrahmenrichtlinie der EU sieht 0,2 g als Grenzwert vor. Die Qualität des Flusses leidet dementsprechend ab der Einleitung an den hohen Ionenwerten, v.a. von Kalium und Magnesium. Auch die Schäden an der Infrastruktur (Brücken, etc.) durch Korrosion sind im Laufe der Jahre erheblich. Das Trinkwasser wird durch Austreten der Laugen aus dem Plattendolomit in die grundwasserführende Buntsandsteinschicht und die bei Niederschlägen entstehenden Haldenwässer auf absehbare Zeit verunreinigt (HNA, 12.11.2008; inSüdthüringen, 18.11.2011). Auch ist die genaue Zusammensetzung der Abwässer in Bezug auf bei der Produktion eingesetzte Zusatzstoffe unbekannt, weswegen die Auswirkungen einzelner Stoffe nicht beurteilt werden können. Die ab 2016 anfallende Menge an Abwasser wird 7 Mio. m³ pro Jahr betragen, die über 2,3 Mio. t Salze enthalten werden (Werra-Weser-Anrainerkonferenz - WWA, 31.07.2014).

Die Akteure

Das Unternehmen K+S Aktiengesellschaft, früher Kali und Salz AG, aus Kassel ist seit 125 Jahren im Titel gebenden Gewerbe tätig (K+S, Jubilaem). Es übernahm nach der Wende als damalige BASF-Tochter Teile des VEB „Kombinat Kali“ von der Treuhand. Sieben Werke bauen die Rückstände des Zechsteinmeeres untertage ab. Die Regelungen zur Rückstandsentsorgung sind im geheimen Kali-Fusionsvertrag von

1993 festgelegt (WWA, Kalivertrag). Auf dem Kali-Fusionsvertrag basiert der thüringische Generalvertrag mit der Treuhand zu den Altlasten der DDR von 1998/99 (europaticker, 27.05.2014b). Das Unternehmen weist immer wieder auf die möglichen Verluste von Arbeitsplätzen in der Region hin, sollten finanzielle Mehrbelastungen auf die Werke zukommen (etwa K+S, Flyer). K+S ist der große Arbeitgeber der Region mit etwa 8500 direkt und indirekt abhängigen Arbeitsplätzen. Die Gewerbeeinnahmen für die Kommunen belaufen sich auf über 25 Mio. € jährlich (HNA, 29.08.2009).

K+S ist heute ein internationaler Konzern und DAX-notiert. Er ist Weltmarktführer im Bereich Salz und unter den Top Ten der weltweiten Kalidüngerhersteller, hierbei besonders gut bei den Spezialdüngern aufgestellt. Die Unternehmensgruppe hatte 2013 ein bereinigtes Ergebnis von über 430 Mio. € als Gewinn zu verbuchen. Sie beschäftigt über 14.000 Mitarbeiter (K+S, Zahlen). K+S ist als K+S Entsorgung GmbH auch ein Großentsorger von festen Industrieabfällen (K+S, Entsorgung). Diese werden als Versatz in die alten Salzbergwerke eingelagert. Dieses Geschäft würde natürlich durch den Versatz der Kalihalden eingeschränkt werden (Krupp, 14.07.2014).

K+S Chef Steiner sprach auf einer Veranstaltung „Betriebsstart Großprojekte zum Gewässerschutz“ am 25. März 2014 davon, dass die Firma in den nächsten drei Jahren 500 Mio. € einsparen wolle. Zudem müssten alle Umweltschutzmaßnahmen, die in Werra nötig werden, von dem Werk selbst erwirtschaftet werden – zusätzlich zur Renditeerwartung. Unter diesen Voraussetzungen ließe sich noch bis in die 2060er Bergbau betreiben. Die Politik müsse sich aber auch zum Bergbau bekennen. Dieses Bekenntnis gab Hessens Ministerpräsident Bouffier freudig (K+S, 25.03.2014). K+S erreicht wegen der wirtschaftlich schwierigen Situation auf dem Kali-Markt derzeit nicht die nötigen Gewinne für seine geplanten Renditeziele - u.a. bleibt der Konzern in Kanada unter seinen Zielmarken (finanzen.net, 20.06.2014).

Die Empfehlung des Runden Tisches:

Salzpipeline zur Nordsee

Der Runde Tisch wurde 2008 eingesetzt, um zwischen K+S und den Ländern Thüringen und Hessen sowie den Umweltverbänden, Bürgerinitiativen und

Gewerkschaften einen gemeinsamen Umgang mit der Abwasserproblematik zu finden. Er gab nach Konsultationen 2010 eine „Empfehlung“ zur Lösung heraus. Diese sieht den Bau einer Pipeline zur Nordsee und das Einleiten der Abwässer dort vor (Runder Tisch, Selbstdarstellung). Die Länder Hessen (siehe Update am Schluss dieses Berichts), Thüringen, Bremen und NRW haben sich der Empfehlung des Runden Tisches für die Pipeline vom Kalirevier in Osthessen bis zur Nordsee (genauer gesagt: bis zum Jadebusen) angeschlossen (europaticker, 27.05.2014a).

Die Weser-Werra-Anrainerkonferenz schaltet die EU-Kommission ein

Die Weser-Werra-Anrainerkonferenz (WWA) hat sich im Zuge der Proteste gegen die Pipeline vom Werk Neuhof nach Philippsthal gefunden. Gegründet wurde der eingetragene Verein im Dezember 2007 mit der „Gerstunger Erklärung“. Der Vorsitzende und Wortführer ist Walter Hölzel. Der Verein hat 2009 eine Beschwerde bei der EU eingereicht. Daraufhin hat die EU 2012 ein Vertragsverletzungsverfahren (Aktenzeichen 2012/4081) gegen Deutschland wegen der anhaltenden hohen Schadstoffeinleitung in die Werra eingeleitet (WWA, 27.05.2014; EU-Kommission, 21.06.2012).

K-UTEC plädiert für eine Vor-Ort-Lösung

Die Firma K-UTEC mit Sitz in Sondershausen ist aus dem alten Forschungsinstitut der Region hervorgegangen. Sie berät und konzeptioniert weltweit Anlagen für den Kaliabbau. 2015 soll eine Anlage in Nordspanien nach ihren Plänen in Betrieb gehen, bei der keine Abwässer und Halden anfallen sollen.

Der BUND favorisiert die Salzpipeline

Die Landesverbände des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) aus Hessen, Thüringen, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen befürworten den Bau einer Nordseepipeline (BUND, 23.05.2014, siehe hierzu auch BBU-WASSER-RUNDBR. 1035/1-3).

Lösungsvorschläge

Ausnahmegenehmigung für Einleitung/Verpressung „Business as usual“

Die Fortführung der bisherigen Vorgehensweise mit geringeren Abwasserfrachten ist die Präferenz von K+S. In diese Richtung läuft ihr „Maßnahmenpaket“ in Höhe von 360 Mio. €. Es sieht eine Verringerung der eingeleiteten Abwässer in die Werra und eine Verdampfung von Produktionsabwässern an zwei Produktionsstandorten vor. Die festen Rückstände würden aufgehaldet. Zusätzlich setzt das Unternehmen im Rahmen der sogenannten „Neue Integrierte Salzabwassersteuerung“ (NIS) auf eine weitere Bewirtschaftung des Plattendolomits. Dabei sollen stark mit Kalium und Magnesium belastete, „harte“ Abwässer in die Gesteinsschicht gepumpt werden. An anderer Stelle solle dann die Entnahme von „weichem“, eher mit Natrium angereichertem Wasser erfolgen. Die Firma nennt diesen Vorgang inkorrekterweise „Ionentausch“ (Runder Tisch, Empfehlung, S.45ff). Für beides bräuchte es allerdings Ausnahmegenehmigungen im Bezug auf die EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), da eine „gute“ Gewässerqualität so auf Dauer nicht zu erreichen ist. Die bereits sehr hohen Werte der Einleiteerlaubnis von 2,5 g Chlorid/l in der Werra beim Pegel Gerstungen werden bei Niedrigwasser schon durch den diffusen Eintrag aus dem Grundwasser erreicht (WWA, 11.2008, S.5). Der Wert wird übrigens seit dem Zweiten Weltkrieg 1942/43 als Ausnahme genehmigt (WWA, 11.2008, S.8). Die Genehmigung für die Verpressung gilt noch bis zum 30.11.2015. Die Frist für die Einleitung in die Werra ist bis 2020 gültig (europaticker, 27.05.2014a).

Die Nordseepipeline „Der hohe Schornstein aus der Mottenkiste“

Der Vorschlag, eine Pipeline aus dem Kalirevier zur Nordsee zu verlegen, tauchte das erste Mal 1913 auf (FAZ, 17.03.2008). Seitdem tritt der Vorschlag immer wieder zu Tage (WWA, Maerchen). Der mögliche Verlauf einer ca. 400 km langen Nordseepipeline kann den Unterlagen zur Antragskonferenz zum Raumordnungsverfahren entnommen werden (K+S, 01.2014). Die Kosten werden derzeit auf 600-900 Mio. € geschätzt (Stuttgarter Zeitung, 12.03.2014). Angesichts dieser Summen schlug der Leiter des Runden Tisches, Prof. Hans Brinckmann, vor, Hessen solle Bürgschaften übernehmen (EUWID, 38.2013). Thüringen lehnt eine solche Bürgschaft ab (EUWID, 39.2013).

Die für die Einleitung in die Nordsee zuständige Wasserbehörde ist der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN). Von der niedersächsischen Behörde wurden die durch K+S vor kurzem eingereichten Antragsunterlagen für die Pipeline-Trasse als „unvollständig und unzureichend“ eingeschätzt und als „nicht prüffähig“ zurück gesendet. Insbesondere hätte der Passus in den Antragsunterlagen, der betreffend der Einleitung in den Jadebusen „tendenziell [eine] Verschlechterung im Sinne der Wasserrahmenrichtlinie“ sieht, zu der Ablehnung geführt (EUWID 31.2014). Die „Verschlechterung“ würde durch die unterschiedliche Zusammensetzung von Meerwasser und Lauge entstehen, wie der Werksleiter von Neuhof-Ellers bereits 2008 bescheinigte (WWA, Maerchen). Die Biologin Dr. Gisela Gerdes beschrieb die möglichen Auswirkungen für die Fauna und Flora des Wattenmeeres in ihrem Vortrag auf der 5. WWA-Konferenz in Wilhelmshaven am 20.06.2014. Insbesondere der hohe Kalium- und Magnesiumgehalt würde große Schäden anrichten (Gerdes, 20.06.2014).

K+S selbst präferiert weiterhin eine lokale Lösung und bezeichnet die Arbeit an den Genehmigungsverfahren für die Pipelines als Ausdruck „vorausschauender Sorgfalt“. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass der zeitliche Rahmen für die Realisierung eher mittelfristig (10-15 Jahre) anzusehen sei (K+S, 21.01.2014a, WATERKANT, 1.2014).

Flussgebietsgemeinschaft Weser:

Nur die Salzpipeline ist „zielführend“

Die für die Umsetzung der WRRL zuständige Flussgebietsgemeinschaft Weser (FGG Weser) hatte in ihrem Bewirtschaftungsplan von 2009 die Nordseepipeline als „einzige zielführende Maßnahme“ vorgesehen (WWA, 23.07.2014). Das ist deshalb interessant, da in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen den Ländern Hessen und Thüringen mit K+S eine „Salzwasserfernleitung“ in §2 Absatz 2 nur als Beispiel genannt wird (FGG Weser, 04.02.2009). Der Vertrag gilt für 30 Jahre (§5 Abs.2) und lässt „sich dabei von einer Gleichrangigkeit der ökologischen, ökonomischen und sozialen Ziele leiten“ (Präambel).

Niedersachsen kann sich für die Pipeline nicht begeistern

Der von Union und FDP geführte Landtag von Niedersachsen lehnte 2010 den Bau einer Pipeline bis zur Nordsee ab. Derzeit ist die SPD mit dem Ministerpräsidenten gegen die Pipeline, die GRÜNEN mit Landwirtschaftsminister Meyer dafür. Die LINKE ist nicht nur in Niedersachsen gegen den Bau einer Pipeline.

Kontroversen zwischen Landes- und Ortsverbänden

Die Landesverbände von BUND und GRÜNEN sind für die Ausleitung der Salzlaugen in den Jadebusen, da dies die „einzig praktikable Lösung“ sei (BUND, 23.05.2014, siehe hierzu auch BBU-WASSER-RUNDBR. 1035/1-3). Die GRÜNEN in Wilhelmshaven teilen diese Einschätzung nicht. Dies mag wohl auch mit den bisherigen Erfahrungen mit salzhaltigen Abwässern aus den Kavernen in Etzel zusammenhängen (GRÜNE, 24.06.2014; Bürgerportal Wilhelmshaven, 05.03.2014). Den Erdgas-Kavernen bei Etzel sind Einleitungen von Spülwasser im Umfang von 48 Mio. m³ pro Jahr erlaubt. Zusätzlich gibt es noch weitere Einleitungen von anderen Firmen (Wilhelmshavener Zeitung, 05.06.2014). Die geplante Pipeline würde 10 Mio. m³ erlauben. Daher schlossen sich die GRÜNEN in Wilhelmshaven der Wilhelmshavener Erklärung der 5. WWA-Konferenz an. In dieser „fordern [sie] die Verursacherländer Hessen und Thüringen auf, der K+S Kali GmbH keine Erlaubnisse mehr zu erteilen, welche die fristgerechte Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie erschweren oder unmöglich machen“. Es sollen auch keine Abwässer an anderer Stelle eingeleitet werden. Der versatzlose Kaliabbau sei einzustellen und die Halden seien unter Tage zu bringen. Es sei Stand der Technik, abstoßfrei zu produzieren. Das werde durch Mitbewerber in Europa gezeigt. Als Zeitrahmen zur Umsetzung der Maßnahmen wird das Ende des zweiten Bewirtschaftungszeitraums der WRRL 2021 genannt (Bürgerportal Wilhelmshaven, 21.06.2014, GRÜNE Wilhelmshaven, 26.06.2014).

Die Oberweserpipeline; „St. Florians ungeliebter Plan B“

Die Entsorgung der Abwässer in die Oberweser wird von den beteiligten eher stiefmütterlich behandelt. Dieser Vorschlag entstand aus der Ablehnung Niedersachsens einer Nordseepipeline. In der Empfehlung des Runden Tisches als

„Variante II“ bezeichnet, würde hierbei, neben den Maßnahmen an den Produktionsstandorten, ein Teil des Abwassers in die Oberweser eingeleitet werden. Dies könnte schon ab 2018 nötig sein, da ansonsten die Grenzwerte in der Werra überschritten würden. Hierbei würde darauf geachtet werden, dass Verschlechterungsverbot der WRRL einzuhalten. Erreicht könnte dies durch eine Deklaration von Werra und Weser als „stark veränderte Gewässer“ werden (Runder Tisch, Empfehlung, S.40ff; WATERKANT, 04.2012, S.32ff). Von allen Umweltverbänden abgelehnt und auch von K+S nur der „Sorgfalt“ wegen geprüft, hat diese Alternative kaum Rückhalt. Insbesondere das mit 80 ha veranschlagte Zwischenspeicherbecken erzeugt beim Naturschutzbeirat des Landkreises Kassel eine ablehnende Haltung (europaticker, 30.07.2014). Dennoch könnte diese Variante bei einer andauernden Weigerung Niedersachsens näher in den Fokus rücken.

Verdampfung „Power to Salt“

Eine technische Lösung für die Abwässer wurden von der Kali-Technologiefirma K-UTEC und Prof. Peter Quicker konzeptioniert (K-UTEC, 24.09.2013; Quicker, 07.2013). Dabei wird die Abwärme eines Gas- und Dampfkraftwerks zur Verdampfung des Wassers verwendet. Aus den festen Rückständen ließen sich einerseits weitere Produkte gewinnen, die gewinnbringend veräußert werden könnten. Andererseits wäre durch Zugabe von Bindungsstoffen der feste Versatz der nicht nutzbaren Stoffe möglich. Bei Investitionskosten von über 500 Mio. € erwirtschaftete man ca. 100 Mio. € jährlichen Gewinn aus einer solchen Anlage. Die Machbarkeit wird von K+S auch nicht mehr angezweifelt. Vielmehr wird dem Konzept die Wirtschaftlichkeit abgesprochen. Die Investitionskosten seien um das Dreifache höher als von K-UTEC angegeben und es entstünde ein jährlicher Verlust von etwa 90 Mio. €. Auch sei die Skalierung von kleineren Produktionsstätten auf das Werk Werra nicht möglich (K+S, 21.01.2014b; ERCOSPLAN, 14.01.2014). Dem entgegnete K-UTEC, dass das im Gegenvorschlag vorgesehene Gas- und Dampfkraftwerk die Energie zu Kernkraftwerkspreisen produzieren würde. Es sei mit 125 MW auch viel zu überdimensioniert. Es werde nur ein Gasturbinenkraftwerk mit knapp 27 MW elektrischer Leistung benötigt (K-UTEC, 17.01.2014). Der Streit könnte durch eine Plausibilitätsprüfung des Umweltbundesamtes, dem beide Meinungen vorgetragen wurden, in den nächsten Wochen entschieden werden. Damit könnte der Bund, der bisher zurückhaltend agierte, einen richtungweisenden Beitrag leisten. [Verwiesen

wird in diesem Zusammenhang immer wieder auf die Saline Austria in Österreich, die bereits rückstandsfrei produziere.] Der BUND sieht noch nicht genügend Nachweise für das Verfahren und sieht den hohen Energieverbrauch kritisch (BUND, 23.05.2014).

Langfristige Perspektive „Nachhaltigkeit“

Dr. Ralf Krupp, Geologe und Geochemiker, legt in seinem aktuellen Memorandum „Wege zu einer umweltverträglicheren Kaliindustrie“ (Krupp, 14.07.2014) dar, dass ein versatzloser Kalibergbau nicht alternativlos ist. Mit Versatz bezeichnet der Bergbau das Verbringen von gefördertem Material zurück unter Tage. Eine Umstellung der Bergbauweise würde durch den zusätzlichen Abbau der Stützpfeiler eine höhere Ausbeute der Lagerstätten ermöglichen. Die Verbringung der Halden unter Tage bedeute zudem künftig eine bessere Standfestigkeit der geologischen Salzschiefer, in der der Abbau erfolgt. Dies würde weniger Bodensenkungen erzeugen. Zugleich wäre die Gefahr einer dauerhaften Versalzung der Region gebannt. Ein Teil der Finanzierung könnte durch eine Verwertung der in den Halden noch enthaltenen Rohstoffe gedeckt werden. Er verweist hierfür auf Erfahrungen in Kanada und dem Revier im Südharz. Krupp stellt zudem eine grobe Rechnung der Kosten für die Gemeinschaft durch die Haldenversalzung auf und kommt hier auf Werte von Billionen von Euro. Dem gegenüber sei die Kostensteigerung in der Produktion unter 10%. Als Konsequenz solle eine Versatzpflicht und eine bessere Ausnutzung der Produktionsabfälle nach dem Stand der Technik erfolgen. Sollten dann noch Abwässer entstehen, könne er sich aber auch eine Pipeline zur Nordsee vorstellen.

Beispiele aus der Region Südbaden

Beim Blick in die Region zeigen sich die Folgen von Salztlasten etwa auch am Oberrhein, wo etwa alte Ablagerungen ehemaliger Ausgleichsbecken bei Fessenheim die Trinkwasserversorgung von Breisach versalzen. Die alte Halde im südbadischen Buggingen zeigt sogar ein anderes Verhältnis zwischen K+S und BUND: Hier wurde erfolgreich vom Letzteren auf das Verursacherprinzip gepocht. Jedoch verschleppe die Firma seit Jahren weiterhin die Umsetzung der Anordnung zur Haldenabdeckung des Landratsamtes (BUND Südlicher Oberrhein).

Zusammenfassung

Die Sicht der Befürworter einer Ferneinleitung lässt sich in etwa wie folgt zusammenfassen:

Man müsse eben den Abfall irgendwo entsorgen und die Werra entlasten, da hier die Einleitungen die Grenzwerte auch zukünftig überschreiten würden. Des Weiteren fällt die Verpressung in die Plattendolomitschicht Ende 2015 weg. Daher sei es sinnvoll das Salzwasser in ein größeres Salzwasser, sprich Nordsee, einzuleiten. Sollte dieser Weg versperrt sein, wäre auch eine Einleitung in die Oberweser möglich. Die Pipeline würde zudem auf lange Sicht benötigt, da bis auf weiteres, Tausende Jahre, nach Betriebsschluss noch Haldenwässer abgeführt werden müssten. Die technische Umsetzung einer Verdampfung sei in der kurzen geforderten Zeit nicht möglich.

Die Argumente der Gegner von Pipelines stellen sich grob so dar:

Die Einleitung müsse wegen dem WHG und der WRRL beendet werden und könne auch nicht verlagert werden, egal ob an die Weser oder die Nordsee. Zudem sei die Art und Zusammensetzung der Abwässer nicht zur schnellen Vermengung mit dem Meerwasser geeignet. Dies würde Fauna und Flora des Wattenmeeres bedrohen. Angesichts der Gewinne des Konzerns müsse dieser, wie seine europäischen Mitbewerber, dazu aufgefordert werden, eine technische Lösung, wie sie ihm bereits vorgeschlagen wurde, zur Vermeidung der Abwässer vorzunehmen. Zudem müsse der versatzlose Abbau beendet werden und die Halden wieder in die Gruben zurückverbracht werde, damit der zukünftigen dauerhaften Versalzung des Grundwasserkörpers entgegengewirkt werden könne. Dies sei auch angesichts des anhaltenden volkswirtschaftlichen Schadens durch die andauernde Versalzung der Gewässer über die unternehmerischen Interessen des Gewinnstrebens zu stellen. In dieser Hinsicht wird auch auf die möglichen Rohstoffgewinne aus den Abraumhalden und Abwasser hingewiesen, die die Umsätze erhöhen würden.

Der Konflikt hinter der Diskussionen um Abwässer ist ein klassischer. Sollen die sozioökonomischen Bedürfnisse nach Arbeitsplätzen in einer strukturschwachen Region, wahrgenommen durch einen internationalen Konzern als einziger großer Arbeitgeber, mit all ihren betriebs- und volkswirtschaftlichen Gewinnen in den vergangenen und kommenden Jahrzehnten über den Umweltschutz, das Recht der Unterlieger und die Nachhaltigkeit für die folgenden Jahrhunderte gestellt werden?

Die Werra-Region bedarf eines Konzeptes für die Zeit nach dem Ende des Kalibergbaus. Dieses sollte auch die Folgen einer weiter andauernden Versalzung des Gebietes mit einschließen. Außerdem sollte die Problematik umfassend behandelt werden und nicht auf die Abwasserdiskussion beschränkt werden. Dass es Veränderungen geben muss, ist allen klar. Ohne sie kommt die Nordseeküste mit ihren Salzwiesen- und wassern nach Mitteldeutschland.

Gewinner der Streitereien um die „richtige“ Lösung bleibt bisher K+S. Das Unternehmen führt nur in kleinen Schritten Maßnahmen durch, die sich schnell amortisieren. Eine drastische Verringerung der Salzfrachten findet dadurch nicht statt. Hier wäre ein konsequenteres Festnageln auf das Verursacherprinzip seitens der Umweltverbände, insbesondere des BUND, angebracht und wichtig. Stattdessen hält man sich durch die Wahl der Formulierung („Entsorgung unvermeidbarer Salzfrachten“) alle Optionen offen. Die Versalzungsgegner sollten sich zusammenraufen. Nur mit einer starken Koalition kann überhaupt eine Haltungsänderung bei den Behörden und dem Unternehmen herbeigeführt werden.

Auf Grund meiner Beschäftigung mit dem Thema schlag ich vor:

- Einhaltung der Wasserrahmenrichtlinie ohne weitere Ausnahmegenehmigungen,
- Geltung des Verursacherprinzips und keine „hohen Schornsteine“
- Rückbau der Halden,
- die Politik muss dies durchzusetzen,
- es ist zudem ein Strukturwandel angestoßen werden: Die Abhängigkeit von einem großen Konzern ist genauso wenig nachhaltig wie die weitere Versalzung des Gebietes.

Als Ende der Übergangsfrist ist das Auslaufen der Einleiteerlaubnis 2020 anzusetzen. Ansonsten werden die Folgen von Industrialisierung, Krieg, Teilung und Raffgier dauerhaft. Damit verlieren alle in der Region.

Es läuft derzeit eine Petition gegen die Nordseepipeline:

<https://www.openpetition.de/petition/online/keine-einleitung-von-abwaessern-der-k-s-aus-hessen-ueber-eine-pipeline-in-die-nordsee-werra-weser>

Eine Einführung in die Historie kann hier gefunden werden:

<http://wasser-in-not.de/index.php/historisches>

Das Magazin „Echt“ des MDR hat am 09.09.2014 eine halbstündige Sendung zu dem Thema gesendet (Link: http://www.mdr.de/mediathek/fernsehen/a-z/video221492_zc-ea9f5e14_zs-dea15b49.html). Die Darstellung der Situation ist gut gelungen. Einzig die Einleitstelle der Nordseepipeline wird in einer Grafik an die Mündung der Weser verlegt – geplant ist aber die Innenjade.

Update 1:

Hessen gibt nach

Das Land Hessen hat sich auf der 24. Sitzung des Runden Tisches am 15.09.2014 neu positioniert. In der Präsentation des Umweltministeriums wurde das Ergebnis einer in Auftrag gegebenen Studie dargestellt. Die Uni Leipzig kommt darin zu der Einschätzung, dass „keines der untersuchten Szenarien ... im Hinblick auf den erreichbaren Nutzen und die jeweils anfallenden Kosten verhältnismäßig“ ist (HMUELV, 16.09.2014). Die diskutierten Maßnahmen wären gegenüber K+S dementsprechend „unverhältnismäßige Forderungen“ (BUND, 17.09.2014). Damit rückt Hessen von der bisher präferierten Nordseepipeline ab. Diese würde auch schon am Widerstand von Niedersachsen scheitern (HNA, 16.09.2014). Als Konsequenz wird eine „Festlegung angepasster flussgebietsbezogener Grenzwerte für die Salzkonzentration in Werra und Weser“ vorgeschlagen (HMUELV, 16.09.2014). Somit verabschiedet sich das Land vom Erreichen des guten ökologischen und chemischen Zustands der Werra nach WRRL – für die nächsten Jahrhunderte!

BUND geschockt

Die Reaktionen auf diesen Sinneswandel fielen entsprechend aus. Der BUND ist geschockt und fühlt sich betrogen. Der Verband forderte eine Klarstellung von der Umweltministerin Hessens Priska Hinz (GRÜNE) (BUND, 17.09.2014). Diese teilte mit, dass die Pipelinelösungen „in der bisher diskutierten Variante“ weder K+S zumutbar seien noch das Ziel des guten ökologischen Zustandes der Werra

ermöglichen würden (HNA, 19.09.2014). Stephan Gunkel, Vertreter der Thüringer Umweltverbände am Runden Tisch, bezeichnet „diese Entwicklung [als] enttäuschend“ (siehe Interview, 19.09.2014). Die umweltpolitische Sprecherin der LINKEN-Fraktion im hessischen Landtag, Marjana Schott, spricht von einem „Scherbenhaufen“ der jahrelangen Politik der Landesregierung (LINKE, 16.09.2014). Sie fordert eine ergebnisoffene Prüfung für die Verdampfung der Abwasser und die Verbringung der Halden unter Tage. K+S baue bei seiner Anlage in Kanada eine Eindampfungsanlage. In Spanien wurde ein Konkurrent von K+S, Iberpotash, zum Rückbau der Halden verpflichtet (LINKE, 25.09.2014). Der Kasseler Landrat Uwe Schmidt sieht als nachhaltige Lösung für die Abwässer nur eine technische Reduktion an den Produktionsstandorten (HNA, 17.09.2014).

Update 2:

Fakten schaffen

Am 29.09.2014 gaben das hessische Umweltministerium und K+S die baldige Verabschiedung eines öffentlich-rechtlichen Vertrages bekannt (HMUELV, 29.09.2014, K+S, 29.09.2014). Dieser soll die Rahmenbedingungen bis 2075 in vier Phasen festlegen. Nach diesem Zeitraum soll die Werra bei Gerstungen Süßwasserqualität erreichen. Der in der WRRL bestimmte „gute Zustand“ wird aber weiter nicht erreicht. Damit setzt das Ministerium die Linie des verringerten Anspruchs fort. K+S muss die Kosten als Verursacher vollständig übernehmen. Vorgesehen sind 400 Mio. € zwischen 2018 und 2021.

Schrittweise weniger Salz

Die verschiedenen Maßnahmen werden in den vier Phasen durchgeführt. Phase I geht von 2015-2021, Phase II von 2021-2032, Phase III von 2032-2060 und Phase IV von 2060-2075. Die Vorhaben lassen sich in die Kategorien Vermeidung der Produktionsabwässer, Fernausleitung und Halden einteilen. Zu der ersten Kategorie zählt die Errichtung einer Anlage am Standort Hattdorf (Phase I), die die Produktionsabwässer um 1,5 Mio. m³ verringern soll. Die in der Anlage verwendete Technik ähnelt der von K-UTEK vorgeschlagenen. Eine weitere Verringerung der Salzfrachten um eine Mio. m³ soll durch Produktionseinstellung in Unterbreizbach

(Phase III) ermöglicht werden. Die Einstellung des Bergbaus (Phase IV) reduziert die Salzeintragen in die Werra auf die Haldenabwässer.

Die Oberweserpipeline kommt

Der Widerstand Niedersachsens gegen eine Nordseepipeline hat wohl Wirkung gezeigt. K+S wird eine Pipeline zur Oberweser bauen (Phase I) und Abwässer über diese einleiten (Phase II+III). Das bedeutet ein Nichterreichen des „guten Zustands“ in großen Abschnitten der Weser bis 2060 (FGG Weser, 15.09.2014). Die Stapelbecken der „Ergänzungsleitung“ sollen 70 Prozent kleiner als bisher angedacht ausfallen.

Die Versenkung läuft weiter

Bis zur Fertigstellung der Pipeline soll die Versenkung von Salzabwässern in Phase I fortgesetzt werden. Die Menge soll jährlich 2 Mio. m³ betragen. Das ist verwunderlich, bescheinigt Hessen doch bisher eine Untauglichkeit der diesbezüglich angedachten Maßnahmen. Der zeitliche Rahmen könnte sich durch Klagen seitens der Umweltverbände verzögern (siehe Interview).

Bestandsschutz für Salzhalden

K+S soll die Halden in den Phasen III und IV abdecken. Die danach noch anfallenden Haldenabwässer sollen jährlich 1,5 Mio. m³ betragen und in die Werra geleitet werden – für die nächsten Jahrtausende! Die bei Gerstungen dann geltenden Grenzwerte sollen 800 mg/l Chlorid, 90 mg/l Magnesium und 70 mg/l Kalium betragen. Zusammengerechnet ergibt das weniger als ein Gramm Salz pro Liter. Damit wäre es „Süßwasser“. Die FGG Weser legt jedoch für den „guten Zustand“ nach der WRRL viel niedrigere Werte an (300, 30, 20). Erst in der Weser würde der „gute Zustand“ erreicht werden (FGG Weser, 15.09.2014).

Nach uns die Sinnflut

Hessen sieht sich wohl durch die ablehnende Haltung Niedersachsens zu einem Alleingang gedrängt. Ausgerechnet eine Umweltministerin der GRÜNEN verkündet einen Plan, einen Fluss auf absehbare Zeit weiter zu belasten. Wie sich das auf ihre Erfolge bei den nächsten Wahlen auswirken könnte, zeigt die Aussage von K+S-Vorstand Steiner, dass der Vertrag „einen Rahmen ... unabhängig von politischen Konstellationen ermöglichen soll“ (HMUELV, 29.09.2014). Der Runde Tisch ist mit diesen Absprachen außerhalb seines Rahmens Makulatur. Das Unternehmen K+S konnte mit der Zusage von Maßnahmen und der Übernahme der Kosten glimpflich davon kommen. So können Land und Konzern verkünden „Seht her, es wird etwas getan.“ ohne das empfindliche Ausgaben sowie Produktionseinschränkungen drohen. Das Totschlagargument „Arbeitsplätze“ funktioniert weiterhin. Die Kosten und Belastungen werden einfach auf die Zukunft umgelegt, wenn die Beteiligten schon längst weg sind. Denn Verfechtern strengerer Maßnahmen bleibt jetzt wohl nur noch der juristische Weg.

Literaturverzeichnis

BUND:

Buggingen, <http://vorort.bund.net/suedlicher-oberrhein/urteil-kalihalde-buggingen.html>

23.05.2014, [http://www.bund-nrw.de/nc/presse/pressemitteilungen/detail/artikel/kalibergbau-gefaehrdet-weser-bund-favorisiert-nordseepipeline/?tx_ttnews\[backPid5D\]=3371&cHash=a6aa969910cac8f326deebf1bf3228ca](http://www.bund-nrw.de/nc/presse/pressemitteilungen/detail/artikel/kalibergbau-gefaehrdet-weser-bund-favorisiert-nordseepipeline/?tx_ttnews[backPid5D]=3371&cHash=a6aa969910cac8f326deebf1bf3228ca)

17.09.2014, [http://www.bund-hessen.de/nc/presse/pressemitteilungen/detail/artikel/k-s-bund-wir-sind-geschockt-und-fuehlen-uns-betrogen-umweltministerin-priska-hinz-buendnis/?tx_ttnews\[backPid\]=9028&cHash=78f54f4a373e60317637d9ad87e04181](http://www.bund-hessen.de/nc/presse/pressemitteilungen/detail/artikel/k-s-bund-wir-sind-geschockt-und-fuehlen-uns-betrogen-umweltministerin-priska-hinz-buendnis/?tx_ttnews[backPid]=9028&cHash=78f54f4a373e60317637d9ad87e04181)

Bürgerportal Wilhelmshaven:

05.03.2014, <http://www.buerger-whv.de/vorschau/cms/index.php?e1=143&e2=13994&e3=14253&e4=14254>

21.06.2014, <http://www.buerger-whv.de/vorschau/cms/index.php?e1=433&e2=14221&e3=14657>

EU-Kommision:

21.06.2012, http://www.linksfraktion-hessen.de/cms/attachments/article/3339/EU-Komm_Mahnverfahren_Werra_Aufforderungsschreiben%20%20Vertragsverletzung_2012_4081.pdf

europaticker:

27.05.2014a,

http://www.umweltruf.de/2014_Programm/news/news_druck.php3?nummer=3645

27.05.2014b,

http://www.umweltruf.de/2014_Programm/news/news_druck.php3?nummer=2331

30.07.2014,

http://www.umweltruf.de/2014_Programm/news/news_druck.php3?nummer=4922

EUWID:

Wasser und Abwasser, 31.2014, S.7.

38.2013, S.14, <http://www.euwid-wasser.de/news/wirtschaft/einzelansicht/Artikel/runder-tisch-werra-fordert-buergerschaft-fuer-pipelinebau.html>

39.2013, S.15

ERCOSPLAN:

14.01.2014, http://runder-tisch-werra.de/show_image.php?id=1277&download=1

FAZ:

17.03.2008

FGG Weser:

04.02.2009, http://www.fgg-weser.de/Download-Dateien/salz/1_oeffentl_rechtl_vereinbarung_ks_he_th_2009.pdf

15.09.2014, http://runder-tisch-werra.de/show_image.php?id=1310&download=1

finanzen.net:

20.06.2014, <http://www.finanzen.net/nachricht/aktien/Interview-Exklusiv-34-Die-Russen-leben-noch-Herr-Steiner-Wie-leben-Sie-damit-34-3641798>

Gerdas:

20.06.2014, <http://www.wasser-in-not.de/dateien/fachvortraege/2014-06-20%20Praesentation%20Dr.%20Gerdas.pdf>

GRÜNE Wilhelmshaven:

26.06.2014, http://gruene-wilhelmshaven.de/startseite/news-detail/article/bericht_zur_werra_weser_anrainer_konferenz_in_wilhelmshaven/

24.06.2014,

<http://www.gruene-friesland.de/2014/06/kavernen-abwasser-wer-nicht-richtig-sucht-findet-nichts/>

HMUELV:

16.09.2014, http://runder-tisch-werra.de/show_image.php?id=1307&download=1

29.09.2014, <https://umweltministerium.hessen.de/presse/pressemitteilung/dauerhafte-loesung-fuer-salzabwasserproblematik-werra-und-oberweser>

HNA:

12.11.2008

29.08.2009

19.09.2014, <http://www.hna.de/nachrichten/politik/hinz-pipelines-3878050.html>

17.09.2014, <http://www.hna.de/lokales/kassel/keine-entwarnung-oberweser-3869569.html>

16.09.2014, <http://www.hna.de/nachrichten/politik/kaliabwaesser-werra-weser-wiesbaden-nach-abschied-nordsee-pipeline-plant-3866079.html>

inSüdthüringen:

18.11.2011,

<http://www.insuedthueringen.de/regional/thueringen/thuefwthuedeu/Kippt-das-Salz-gleich-in-die-Werra;art83467,1813002>

K+S:

25.03.2014, <http://www.k-plus-s.com/de/audio-und-video/imagevideos.html?i=betriebsstart-gewaesserschutz>

21.01.2014a, <http://www.k-plus-s.com/de/news/presseinformationen/2014/presse-140121.html>

21.01.2014b, http://runder-tisch-werra.de/show_image.php?id=1279&download=1

01.2014,

http://www.ml.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=34372&article_id=122132&psmand=7

Zahlen, <http://www.k-plus-s.com/de/ks-in-zahlen/>

Entsorgung, <http://www.k-plus-s.com/de/audio-und-video/imagevideos.html?j=7>

Jubilaum, <http://www.k-plus-s.com/de/news/presseinformationen/2014/presse-140825.html>

Flyer, http://www.wasser-in-not.de/images/werraversalzung/Infoblatt_salzwasserentsorgung01_2008.pdf

29.09.2014, <http://www.k-plus-s.com/de/news/presseinformationen/2014/presse-140929.html>

Krupp:

14.07.2014, http://www.wasser-in-not.de/dateien/stellungnahmen-gutachten/stellungnahmen-dr-krupp/2014-07-14%20Krupp_Memorandum_Kalibergbau.pdf

K-UTEK:

24.09.2013, http://runder-tisch-werra.de/show_image.php?id=1264&download=1

17.01.2014, http://runder-tisch-werra.de/show_image.php?id=1277&download=1

LINKE:

16.09.2014, <http://linksfraktion-hessen.de/cms/abgeordnete/die-abgeordneten/marjana-schott/pressemitteilungen/4989-k-s-nordseepipeline-fuer-abwaesser-aus-der-kaliproduktion-nicht-erst-jetzt-oekologischer-und-oekonomischer-unfug.html>

25.09.2014, <http://linksfraktion-hessen.de/cms/abgeordnete/die-abgeordneten/marjana-schott/pressemitteilungen/5012-ks-fuer-eindampfung-der-fluessigen-abfaelle-vor-ort.html>

Quicker:

07.2013, http://runder-tisch-werra.de/show_image.php?id=1265&download=1

Runder Tisch:

Selbstdarstellung, <http://www.runder-tisch-werra.de/>

Empfehlung, http://runder-tisch-werra.de/show_image.php?id=1002&download=1

Stuttgarter Zeitung:

12.03.2014

WATERKANT:

1.2014, <http://www.wasser-in-not.de/dateien/presse/zeitungen/2014-0Waterkant%201-14-%2031.pdf>

04.2012, http://www.wasser-in-not.de/images/werraversalzung/Waterkant_2012-04_32_Hoelzel.pdf

Wilhelmshavener Zeitung:

05.06.2014

WWA:

27.05.2014, <http://www.wasser-in-not.de/dateien/stellungnahmen-gutachten/stellungnahmen-der-wwa/2014-05-27%20Hintergrundinformationen%20zur%20Werra-Weser-Versalzung.pdf>

23.07.2014, [http://www.wasser-in-not.de/dateien/stellungnahmen-gutachten/stellungnahmen-der-wwa/2014-07-](http://www.wasser-in-not.de/dateien/stellungnahmen-gutachten/stellungnahmen-der-wwa/2014-07-23%20Hintergrundinformationen%20zur%20Werra-Weser-Versalzung.pdf)

[23%20WWA%20zu%20FGG%20Weser%20und%20Umsetzung%20der%20EU-WRRL.pdf](#)

11.2008,

Maerchen, <http://wasser-in-not.de/index.php/werraversalzung-oben/abwasserpipeline-zur-nordsee/80-das-maerchen-von-der-nordseepipeline>

Kalivertrag, <http://www.wasser-in-not.de/images/historisches/1993-05-13%20Kali-Vertrag.pdf>

31.07.2014, <http://www.wasser-in-not.de/dateien/stellungnahmen-gutachten/stellungnahmen-der-wwa/2014-07->

[31%20WWA%20Stellungnahme%20Nordseewasser-Abwasser.pdf](#)

Größtmögliche Salzvermeidung vor Ort – der Rest in die Nordsee!?

Ein Interview mit dem Vertreter der thüringischen Umweltverbände beim Runden Tisch

Stephan Gunkel betreibt das Flussbüro Erfurt - ein Ingenieurbüro, welches sich mit der Renaturierung und Planung von Fließgewässern beschäftigt. Er sitzt als Gewässerexperte im Thüringer Gewässerbeirat und vertritt die Thüringer Umweltverbände am „Runden Tisch Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“. Das Interview wurde am 28.08.2014 per Telefon geführt.

Regiowasser: Das WHG besagt, dass Abwässer qualitativ und quantitativ begrenzt werden müssen. Die WRRL verlangt zudem in allen Gewässern Verbesserungen und keine Verschlechterungen. Ausnahmen hiervon gibt es nur in einem engen Rahmen. Ist unter diesen Gesichtspunkten eine Nordsee-Pipeline nicht nur eine Maßnahme a la „hoher Schornstein“, sondern auch dem rechtlich ausgedrückten Gebot guter Umwelt widersprechend?

Gunkel: Die Pipeline ist als Kompromissvariante ein „hoher Schornstein“. Zu dem etwas seltsam formulierten „Gebot“: Es widerspricht dem aber nicht wegen der Verbesserung von ca. 350 km Flusslauf. An der Einleitungsstelle wird es lokal begrenzt zu einer leichten Verschlechterung kommen, die sich aber nicht auf den gesamten Oberflächenwasserkörper auswirkt. Die Verbesserung überwiegt aber.

RW: Stehen einer Pipeline, die hunderte Kilometer durchs Land geht, nicht mehr politischer und bürgerlicher Widerstand bevor, als einer Lösung am Produktionsstandort?

G: Ja. Allerdings kann eine technologisch schwierige Lösung vor Ort von der Firma leichter immer wieder hinausgezögert werden. Da gibt es dann hier und da Probleme und es kommt keine Vermeidung zustande bis der Standort am Ende der Abbauwürdigkeit aufgegeben wird.

RW: Die Pipeline zur Nordsee würde hunderte Millionen Euro kosten (aktuell sprach der Vorsitzende von K+S, Steiner, von 900 Mio. €).

G: Der Preis geht immer mal wieder nach oben. Der Runde Tisch sagte damals, dass das ca. 500 Mio. € kosten würde. Entscheidend war wohl der schwankende Stahlpreis für die Rohre, sowie die Frage, ob die Finanzierungs- und Betriebskosten jeweils mit eingerechnet werden.

RW: Eine Bezuschussung durch den Staat, wie der Runde Tisch in Form von Bürgschaften durch Hessen vorgeschlagen hat, würde wahrscheinlich die EU-Wettbewerbschüter auf den Plan rufen. Gab es in dieser Hinsicht auch mal Gespräche für eine Lösung vor Ort, z.B. einer Verdampfungsanlage?

G: Nein, nicht das ich wüsste. Meines Erachtens hat der Runde Tisch hierzu nichts gesagt. Wann soll er das gefordert haben?

RW: Die Forderung wurde vom Leiter des Runden Tisches, Prof. Brinckmann, geäußert.

G: Das stellt nicht die Gesamtmeinung des Runden Tisches dar. Davon abgesehen: Entscheidend ist, dass überhaupt etwas passiert. Denn bereits das erste Auflagenpaket, zu dem sich K+S 1995 verpflichtet hat, wurde erst 1999 wirksam. Solange saßen sie auf den Fördermitteln. Daher sehe ich eine Bezuschussung kritisch. Sollte nur dadurch eine Gesamtlösung zu erreichen sein, dann sollte man es allerdings nicht ablehnen.

RW: Wie ist ihr Verhältnis zu den BUND- (und anderen Umwelt-) Verbänden an der Nordsee? Wie sieht da der Austausch aus?

G: Die BUND-Landesverbände stimmen sich mit ihrer Gesamtposition jeweils untereinander ab. Bereits vor einigen Jahren gab es einen Austausch, mit den Verbänden an der Nordsee in Bremen, bei dem konstruktive Gespräche geführt wurden. Damals haben wir auch mit Meeresbiologen über die mögliche Salzeinleitung geredet. Auch die Nordseeverbände sahen die Pipeline als gute Kompromisslösung an.

RW: Manche an der Nordsee haben Bedenken, etwa durch die Erfahrungen mit der Auslaugung von Gasspeicherkavernen bei Etzel.

G: Die genehmigten Abwässer aus den eingeleiteten Kavernenspülungen sind jetzt schon ca. 10 mal höher, als das, was an Salzabwasser durch die Pipeline eingeleitet werden soll.

RW: Die Zusammensetzung der Abwässer ist doch eine andere. Es sind sehr hohe Magnesium- und Kaliummengen enthalten.

G: Das Magnesium und Kalium kommen da doch jetzt schon an. Klar, das würde an der Einleitstelle etwas ausmachen. Das wird das Wattenmeer aber nicht weiter beeinflussen. Man kann sich ja, wenn es dann so weit ist, auch über Maßnahmen wie eine Vermischung von hoch konzentriertem Salzabwasser und Süß-/Meerwasser in einem Vorfluter vor dem Einleiten unterhalten.

RW: Der Bundesarbeitskreis (BAK) Wasser des BUND ist als sehr am Verursacherprinzip orientiert bekannt. Wieso dann die Zustimmung für so eine umfangreiche Maßnahme der Abwasserausleitung nach dem St. Florian-Prinzip?

G: Der Standpunkt ist, dass erst so viel wie möglich Vermeidung vor Ort stattfinden muss. Erst wenn dann noch etwas übrig bleiben sollte, kann eine Ausleitung von Abwässern stattfinden.

RW: Profitiert von einer Uneinigkeit der Umweltverbände nicht die Firma K+S, die weiter einleiten kann, während sie zuschaut, wie sich alle um das richtige Vorgehen zanken?

G: Ja.

RW: Würde es einen Gesichtsverlust für den Runden Tisch bedeuten, wenn er von der Pipelinelösung abrücken würde?

G: Da in der Empfehlung des Runden Tisches die Antwort nach der größtmöglichen Vermeidung gilt, nein. K+S hat der Empfehlung auch nicht zugestimmt. Wie gesagt, wichtig ist, dass überhaupt etwas passiert.

RW: Haben die Länder und der Bund auf den Schrieb der EU im Vertragsverletzungsverfahren vom Dezember 2013 bereits geantwortet oder ist etwas in der Vorbereitung?

G: Soweit ich weiß, hat die Flussgebietseinheit Weser eine Aktualisierung ihrer Bewirtschaftungsplanung zur Versalzung vorgenommen. Da sollte im Abschnitt über die Werra und Versalzung etwas stehen. Für die Beantwortung ist ansonsten der Bund zuständig.

RW: Falls ein „okay“ vom Umweltbundesamt zum K-UTEC/Quicker Verfahrenskonzept kommen würde, würde das alles umwerfen?

G: Nein, wesentliche Fristen werden doch jetzt schon nicht eingehalten. Ich befürchte, dass bei diesem Verfahren eine Verzögerung noch schwerer nachzuweisen wäre. Das wird schon spannend werden wegen 2015. Das Unternehmen kann eine Verlängerung der Versenkung beantragen. Das ist aber zweifelhaft, ob das durchkommt. Ansonsten könnten sie die NIS [Neue Integrierte Salzabwassersteuerung, Anm. d. Red.] beantragen. Derzeit liegt dazu kein Antrag vor. Sie wird von den Genehmigungsbehörden als nicht genehmigungsfähig eingeschätzt. Ich gehe davon aus, dass die Umweltverbände dagegen klagen würden. Wir müssen uns der Zeitbombe im Untergrund entgegen stellen.

RW: Bezüglich der außer den Salzbestandteilen enthaltenen Schadstoffe in den Abwässern von K+S: Steht eine genaue Auflistung in der Wasserrechtlichen Einleiterlaubnis im öffentlich einsehbaren Wasserbuch? Hat schon einmal jemand über eine Offenlegung über das Informationsfreiheitsgesetz nachgedacht?

G: Soweit ich weiß, nein. Wir haben Proben an der Abwassereinleitungsstelle genommen. Wir wissen also ungefähr, was im Wasser ist. Die Wirkung der zusätzlichen Stoffe entspricht etwa der von Spülmittel. Sie haben also in hoher Konzentration eine ökologisch nachteilige Wirkung, die aber im Ökosystem des Flusses nicht mehr nachweisbar ist. Die Schadstoffe sind im Gewässer nicht nachweisbar. Die Versalzung ist viel schlimmer und überlagert alles. Sollte eine Reduzierung der eingebrachten Salze auf ein Hundertstel passieren, die der anderen Schadstoffe aber nicht, dann müsste man das nochmal untersuchen.

RW: Für den Außenstehenden ist es interessant zu sehen, dass dem Unternehmen bei der Umsetzung vorgeschlagener technischer Methoden möglicherweise Gewinne entstehen.

G: K+S wird das tun, was am billigsten ist und am meisten Profit bringt. Dies ist auch bei dem „360 Mio. Maßnahmenpaket“ zu sehen. Es bringt Effektivität in der

Produktion, weil es bei der Gewinnung von Rohstoffen aus den Abwässern hilft und ist auf eine schnelle Amortisierung ausgelegt. Es rentiert sich also für die Firma und das ist der einzige Maßstab nach dem diese handelt.

Aber nochmal: Generell wird K+S alles probieren, um aus der Sache so günstig wie möglich herauszukommen. Wir als Umweltverbände sind aber auch nicht für die Lösung zuständig. Die Behörden müssen Grenzwerte setzen. Dazu bedarf es Öffentlichen Druckes. Ansonsten wird der kleine Beamte Angst wegen einer Versetzung haben, wenn er einem DAX-Unternehmen wie K+S Vorgaben macht. Bisher sind Grenzwerte für alle Salzbestandteile, wie für Kalzium und Magnesium, eingeführt worden. Auch das haben wir erreicht. Die Grenzwerte sind aber ökologisch völlig wirkungslos, weil sie viel zu hoch angesetzt sind. Sie müssen kontinuierlich auf ein ökologisch sinnvolles Maß abgesenkt werden. Wie K+S das Problem dann löst, durch Verwertung, Vermeidung, Produktionsverringering oder -einstellung, ist egal. Im Moment geht es darum, ob überhaupt eine wesentliche Verbesserung möglich ist. Völliger Quatsch in dieser Situation ist die Diskussion zwischen den Versalzungsgegnern um technische Kleinigkeiten. Das bindet nur Zeit und Ressourcen, die die Verbände eigentlich brauchen, um öffentlichen Druck aufzubauen, damit die Grenzwerte weiter abgesenkt werden und das Unternehmen dadurch gezwungen wird, eine sinnvolle Lösung ernsthaft in Angriff zu nehmen.

Update: Während der Korrektur fand die 24. Sitzung des Runden Tisches am 15.09.2014 statt. Die Präsentation des Hessischen Umweltministeriums stieß viele vor den Kopf. Bei einem Treffen nimmt Stephan Gunkel am 19.09.2014 Stellung zur derzeitigen Situation.

G: Hessen hat eine Prüfung der Verhältnismäßigkeit und der Kosten für die Lösungsvarianten durchgeführt. Nicht berücksichtigt wurde das Verfahren von K-UTEC. Bereits bei der Betrachtung der Verhältnismäßigkeit lautete das Urteil: Keine Maßnahme sei verhältnismäßig. Damit könnte das Unternehmen nicht zu einer der Maßnahmen gezwungen werden. Zum Vergleich: In Nordrhein-Westfalen sind für die Verbesserung von ca. fünfzig Kilometer Fluss ca. vier Mrd. Euro investiert worden. Da können eine Milliarde für 350 km doch für die Verbesserung unserer Gewässer verhältnismäßig sein. Das gilt für eine Pipeline oder das Verfahren von K-UTEC. Zwischen den Bundesländern herrscht Uneinigkeit. Es sieht jetzt danach aus, dass von Hessen die Festlegung niedrigerer Umweltziele und damit eine dauerhafte Fortführung des Status quo betrieben wird. Diese Herangehensweise könnte vom Land auch als die Lösung für das Vertragsverletzungsverfahren der EU betrachtet werden. Diese Entwicklung ist enttäuschend.

K+S sagt derzeit: „Mit dem Maßnahmenpaket haben wir alles Mögliche gemacht.“ Von dem Versprechen ist bisher aber noch gar nicht alles umgesetzt, wie etwa die NIS oder die Verdampfungsanlage im Werk Unterbreizbach, weil diese nicht möglich sind. Die Beantragung der beiden Pipelines werden nur pro forma betrieben. Das zeigt sich bei den Beantragungen. K+S wird weiter nach Profit streben – es ist nicht der Samariterbund. Das Unternehmen wird nur auf Zwang reagieren.

Das Interview führte Steffen Eschbachs.